

WTO-Ministerkonferenz in Hongkong 2005

## Fact-Sheet «Marktzugang für Industriegüter»

### Ausgangslage

Bereits das 1948 in Kraft getretene Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT hatte den schrittweisen Zollabbau auf Industriegütern zum Ziel. Das Abkommen wurde jedoch vorwiegend von Industrieländern mit ähnlichem Entwicklungsstand unterzeichnet, die nach dem zweiten Weltkrieg den Welthandel wieder ankurbeln wollten. Als Industriegüter werden alle Güter bezeichnet, die nicht der Landwirtschaft entstammen, dementsprechend werden sie im Fachjargon auch NAMA (Non-Agricultural Market access) genannt. Gegenwärtig sind die NAMA eines der zentralen Themen bei der WTO. Mit einer fixen Zollabbauformel sollen die Entwicklungsländer gezwungen werden, ihre zum Teil noch recht hohen Zölle zu senken und später gänzlich abzubauen, dies fordern insbesondere die EU, die USA, Kanada und auch die Schweiz. Zölle sind jedoch in vielen Entwicklungsländern eine wesentliche Einnahmequelle des Staates und sie sind auch ein wichtiges Instrument, um sensible Wirtschaftssektoren vor dem weltweiten Wettbewerb zu schützen.

Die Forderung der Industrieländer nach einem radikalen Zollabbau auf Industriegütern ist umso stossender, als die Industrieländer bei der Entwicklung ihrer eigenen Industrien zu deren Schutz stets hohe Zölle angewandt haben. Dieselbe Schutzmittel soll den Entwicklungsländern nun verweigert werden.

**Position der Schweiz:** Die Schweiz strebt eine namhafte Verbesserung ihres Marktzutritts für Industrieprodukte an, gerade auch in den Entwicklungsländern. Angesichts ihrer bereits tiefen eigenen Industriezölle kann die Schweiz hier viel gewinnen, ohne viel „bezahlen“ zu müssen. Sie erwartet von den Entwicklungsländern mit hohen Zöllen einen massiven Zollabbau. Auch will sie, dass alle Entwicklungsländer den Bindungsgrad ihrer Zölle erhöhen.

### Forderungen der Erklärung von Bern an die Schweizer Regierung:

- In den anstehenden Zollabbauverhandlungen muss eine nachhaltige Entwicklung insbesondere der ärmeren Länder im Mittelpunkt stehen, diese Voraussetzung erfüllt eine fixe Zollformel, die für alle Länder unabhängig von ihrem Entwicklungsstand angewandt werden muss, nicht.
- Die Industrieländer sollen sich verpflichten, ihre Zollspitzen auf allen verarbeiteten Produkten aus Entwicklungsländern substanziell zu reduzieren.
- Die Verhandlungen sollen sich auf die gebundenen Maximalzölle und nicht auf die effektiv angewandten – häufig tieferen - Zollsätze stützen.
- Die Entwicklungsländer (insbesondere die ärmsten) sollen das Recht behalten, ihre Zollpolitik flexibel gestalten zu können, ja unter Umständen sogar neue Zölle einführen zu können. Folglich ist die EvB gegen eine Erhöhung der Zollbindung bei den ärmsten Ländern.